

Kommunikation

Die Bedeutung des Kommunizierens in nachhaltigen Transformationsprozessen in der Stadtentwicklung

Kommunikation in Planungsprozessen ist eine wesentliche Grundlage für die Partizipation und Akzeptanz der betroffenen Bevölkerung im Kontext geplanter Veränderungen ihres Lebensumfeldes. Im folgenden Artikel werden Grundlagen über die Rolle von Kommunikation in Planungsprozessen skizziert sowie Beispiele gezeigt, wie durch unterschiedliche Kommunikationsarten und Aushandlungsprozesse Vertrauen in die Politik geschaffen und Widerstände gegen geplante Maßnahmen zur Transformation vermieden werden können. Es wird gezeigt, dass die Transformation einer autogerechten Stadt hin zu einer klimawandelangepassten und nachhaltigen Stadt nur durch ausreichend synchrone und damit persönliche Kommunikation gelingen kann, da viele Gegner*innen oder Skeptiker*innen solcher Veränderungsprozesse nur über die Beziehungsebene mitgenommen werden können.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Aushandlung](#), [Partizipation](#), [Planung](#), [Transformation](#), [Widerstand](#)

Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Mann, A. (2024). Kommunikation: Die Bedeutung des Kommunizierens in nachhaltigen Transformationsprozessen in der Stadtentwicklung. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 117-126). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_15



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Die **Transformation** zur **Nachhaltigkeit** im städtischen **Kontext** ist Bedingung für die Bewältigung der Klimakrise bzw. Klimakatastrophe. Damit einhergehende gezielte Veränderungen im urbanen Lebensumfeld sind essenziell, um bereits spürbare **Auswirkungen**, wie z. B. die zunehmende Hitzebelastung, zu vermeiden bzw. zu mindern und somit die Lebensqualität zu erhalten. Eine wichtige Rolle spielt dabei der Umbau des öffentlichen Raums zugunsten des Fuß- und Radverkehrs, erhöhter Aufenthaltsqualität und zur Klimawandelanpassung. **Geplante** Vorhaben in diesem Sinne führen jedoch oftmals zu Interessenkonflikten zwischen jenen, die eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs und eine Begrünung der Stadt fordern, und jenen, die ihr privates Fahrzeug weiterhin im öffentlichen Raum abstellen möchten. Daraus folgt, dass die kommunale Politik nur zögerlich Maßnahmen umsetzt, um allzu großen **Widerstand** zu vermeiden. Zudem sind politische Entscheidungsträger*innen oftmals skeptisch, ob mit **partizipativen Planungsansätzen** eine urbane **Transformation** in Richtung **Klimaresilienz** überhaupt gelingen kann, weil vielerlei Maßnahmen unpopulär erscheinen.

Warum **Widerstand** entsteht, wie dieser überwunden werden kann und welche Bedeutung Kommunikation in diesem Zusammenhang zukommt, wird im Folgenden auf Basis eines umweltspsychologischen und kommunikationstheoretischen Ansatzes sowie anhand von Wiener Praxisbeispielen aufgezeigt.

Umgang mit Veränderung – psychologischer Hintergrund

Veränderungen im Lebensumfeld werden von Menschen zunächst auf potenzielle Bedrohungen geprüft. Dieses Phänomen ist der Umweltspsychologie bekannt und wird im *Change Management* bewusst aufgegriffen. „Jede stattfindende Veränderung sofort auf ihre Bedrohlichkeit zu überprüfen, hat eine überlebenssichernde Funktion und deshalb für Mensch wie Tier absolute Priorität“ (Berner, o. J.). Erst wenn keine Bedrohlichkeit durch eine **geplante** Veränderung wahrgenommen wird, wird diese auf deren Chancen und Nutzbarkeit geprüft (siehe Abb. 1):

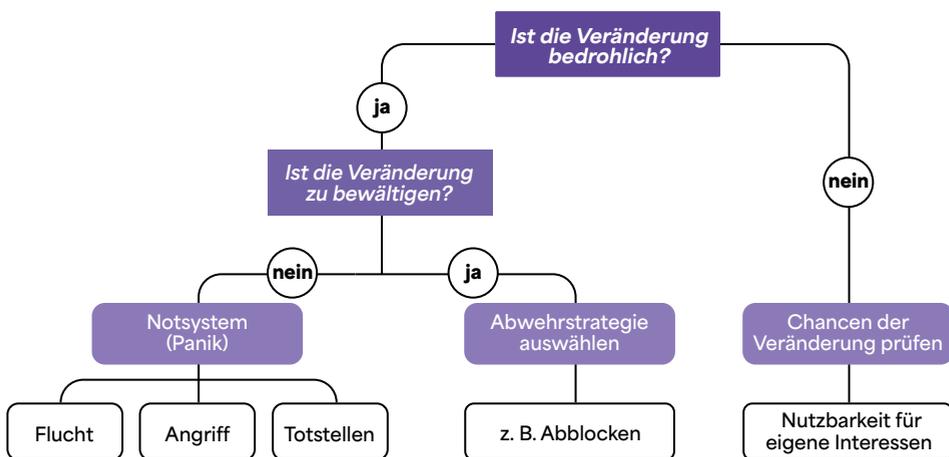


Abbildung 1: Die reflektorische Bedrohlichkeitsprüfung und ihre Folgen (Abbildung von Berner, o. J., bearbeitet von Bast & Kobras)

Dies bedeutet, dass auch die urbane **Transformation** zur **Nachhaltigkeit** von den Betroffenen zunächst kritisch geprüft wird: Was bedeutet das für mich? Werde ich dadurch eingeschränkt? Entsteht für mich ein Nachteil? Bedrohungen werden in diesem Zusammenhang weit gefasst. Hier geht es in erster Linie nicht um Bedrohungen für Leib und Leben, sondern um Ängste bzw. Sorgen, einen Nachteil durch bestimmte Maßnahmen zu erfahren oder den Verlust von Annehmlichkeiten oder Privilegien hinnehmen zu müssen (Berner, o. J.). Sobald dies wahrgenommen oder vermutet wird, entsteht bei den Betroffenen eine Abwehrstrategie, also **Widerstand** gegen **geplante** Veränderungen, der sich unterschiedlich äußern kann. Da es sich bei Sorgen und Ängsten um Emotionen handelt, ist ein professioneller Umgang damit von großer Bedeutung. Eine essenzielle Strategie gegen Ängste ist die offene Kommunikation, um die Beziehung zu stabilisieren und das Vertrauensverhältnis zu bekräftigen. Berner (o. J.) verweist darauf, dass der Versuch zu beschwichtigen oftmals einen gegenteiligen Effekt haben kann. Entsprechend den Prinzipien der gewaltfreien Kommunikation (Rosenberg, 2010) ist für die Betroffenen das Gefühl wichtig, verstanden zu werden und für ihr Problem eine Lösung zu finden. Erst danach bekommt die Veränderung eine Chance, akzeptiert zu werden.

Den Grundstein für das Gelingen der **Transformation** zur **Nachhaltigkeit** bildet daher eine Kommunikation auf mehreren Ebenen zwischen den handelnden Akteuren, den Betroffenen und den Entscheidungsträger*innen, um Ängste und damit einhergehende **Widerstände** auszuräumen. Ein erfolgreicher Veränderungsprozess, der von den Betroffenen akzeptiert und mitgetragen wird, bedarf daher der kommunikativen Einbindung und in diesem Sinne der **Partizipation** dieser.

Die Bedeutung von Kommunikation in der partizipativen Planung

Kommunikation wird gemäß dem „Online Lexikon für Psychologie & Pädagogik“ verstanden als „Austausch oder die Übertragung von Informationen zwischen zwei oder mehr Kommunikatoren, wobei Information eine zusammenfassende Bezeichnung für Wissen, Erkenntnis oder Erfahrung darstellt“ (Stangl, o. J.). Informationen können vielerlei Art sein, z. B. Fakten, Erlebnisse oder Empfindungen. Somit dient Kommunikation auch dem Austausch von Meinungen und Sichtweisen zwischen Akteuren und ist ein wichtiges Instrument in **partizipativen (Planungs-)** Prozessen (vgl. u. a. Christmann et al., 2022). **Partizipation** spielt in der **nachhaltigen** Stadterneuerung und -entwicklung eine wesentliche Rolle, um die Vielfalt an Wissen und Interessen einzubinden und alternative Angebote der demokratischen Mitbestimmung zu ermöglichen. Eine der Hauptaufgaben in der Begleitung derartiger Prozesse ist die Schnittstellenkommunikation zwischen Stadtpolitik, **Planung**, Expert*innen und unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, die vor Ort einerseits von den Veränderungsprozessen betroffen sind und diese andererseits auch aktiv einfordern.

Die Bedeutung von Kommunikation in **Partizipations**prozessen kann anhand der **Partizipationspyramide** (Straßburger & Rieger, o. J.) sehr gut verdeutlicht werden. Die **Partizipationsstufen** werden darin aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet anstatt nur aus der Perspektive der „Ermöglicher“ (Luttringhaus, 2000). Die Schnittstelle der Kommunikation wird an der Grenze zwischen der institutionell-professionellen Perspektive und der Perspektive der Bürger*innen verortet (siehe Abb. 2):

Partizipation

Institutionell-Professionelle Perspektive

Zivilgesellschaftliche Perspektive

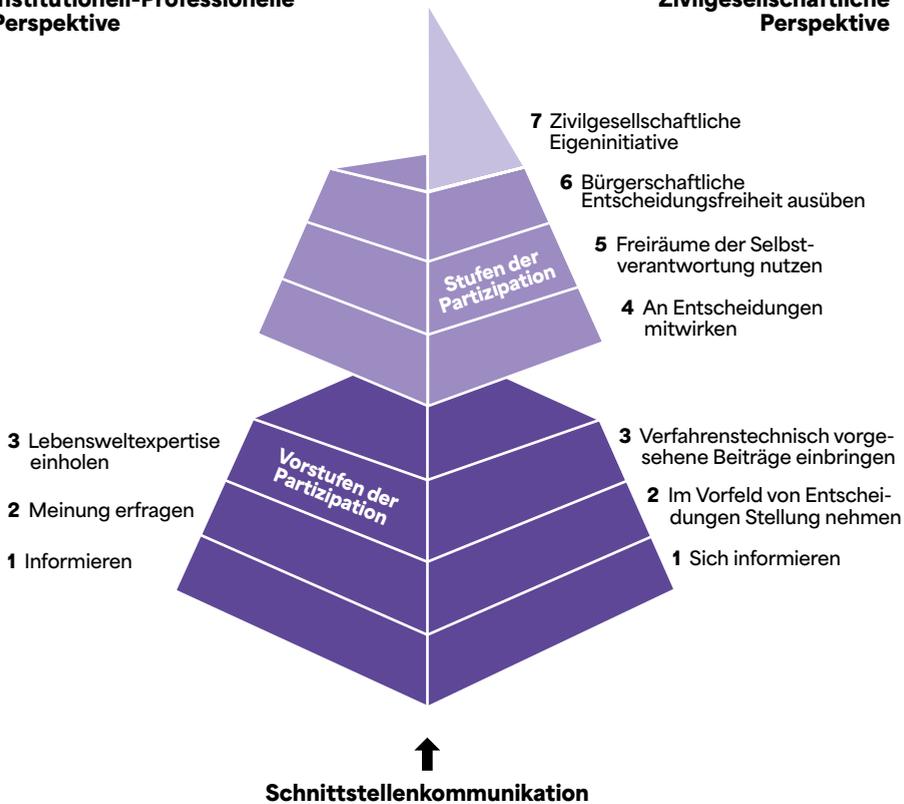


Abbildung 2: Schnittstellenkommunikation zwischen Akteuren
(Abbildung von G. Straßburger & J. Rieger, 2019, bearbeitet von Bast & Kobras)

In Veränderungsprozessen im Lebensumfeld von Menschen bildet das Informieren als unterste Stufe der **Partizipationspyramide** die Grundlage, um Verständnis für die **geplanten** Maßnahmen und die damit einhergehenden geänderten Lebensbedingungen zu erlangen und **Partizipation** zu ermöglichen.

Der Austausch von Informationen geht von einem*r **Sender*in** (Kommunikator*in) aus und richtet sich an eine*n **Empfänger*in** (Rezipient*in). Nach dem Sender-Empfänger-Modell (Shannon & Weaver, 1949) ist die zwischenmenschliche Kommunikation häufig durch Störungen beeinflusst, wodurch die ursprüngliche Botschaft auf der empfangenden Seite verfälscht wird. Dies kann zu Missinterpretationen und Missverständnissen führen – im Fall der **Planungskommunikation** zwischen unterschiedlichen Hierarchieebenen wie der Politik und den Bürger*innen kann daraus **Widerstand** oder Unverständnis gegenüber **planerischen** Maßnahmen und politischen Entscheidungen resultieren. Die direkte Kommunikation zwischen Sender*in und Empfänger*in, also das persönliche Gespräch, kann die Störanfälligkeit reduzieren und das Verständnis für Veränderungsprozesse fördern.

Das bezeugt auch das Vier-Ohren-Modell (Schulz von Thun, 2007), das von vier Ebenen der Kommunikation ausgeht, nämlich dem Sachinhalt, der Selbstkundgabe, der Beziehungsebene und dem Appell. Je mehr Ebenen durch die Kommunikation erreicht werden, umso besser wird die Botschaft verstanden. Die Beziehungsebene ist dabei eine wesentliche Grundlage, wie die gesendete Botschaft empfangen wird. Durch persönlichen Kontakt und wiederkehrende Gespräche kann eine Beziehungsebene aufgebaut werden, die dazu führt, dass die Kommunikator*innen mit ihren Botschaften bei den Rezipient*innen auf offenere Ohren stoßen.

Zudem sollte zwischen synchroner (persönlicher und direkter) und asynchroner (digitaler oder schriftlicher) Kommunikation unterschieden werden. Erstere erfolgt potenziell wertschätzender und respektvoller. Man nimmt das Gegenüber als Person wahr, wodurch eine gewisse Hemmschwelle entsteht, diese andere Person (verbal) anzugreifen – was sich auf eine natürliche Hemmung, andere Menschen zu verletzen, zurückführen lässt (Bregman, 2021). Gut beobachten kann man dies etwa in ausschließlich digitalen **Partizipations**verfahren (vgl. u. a. die Onlinediskussion zur Neugestaltung der Servitengasse; Gebietsbetreuung Stadterneuerung, 2021), in denen es häufig zu Beleidigungen und Hasspostings kommt. Dieses Phänomen hat damit zu tun, dass bei digitaler Kommunikation die Beziehungsebene sowie nonverbale Elemente wie Mimik und Gestik i. d. R. fehlen.

Nur im persönlichen Austausch kann das erste Axiom der Kommunikation von Watzlawick et al. (1969) zum Tragen kommen: Sie gehen davon aus, dass man nicht nicht kommunizieren kann, d. h., die nonverbale Kommunikation automatisch ausgesendet wird und daher eine wichtige Rolle spielt. Bei asynchroner Kommunikation kommt es häufiger zu Miss- oder Unverständnissen als bei synchroner Kommunikation, da hier die unterstützende nonverbale Ebene fehlt. Zusätzlich kommt bei persönlicher synchroner Kommunikation die paraverbale Kommunikation hinzu, d. h., der*die Sender*in kann das gesprochene Wort durch Lautstärke oder Betonung nochmals gewichten und **wirkt** dadurch überzeugender. Die Wahrscheinlichkeit, sein Gegenüber zu verstehen und ihm daher zu glauben, wird durch die synchrone Kommunikation erhöht.

Anhand folgender Beispiele wird gezeigt, dass die persönliche Kommunikation und damit eine wahrnehmbare Beziehungsebene im Rahmen von **Partizipations**prozessen unumgänglich ist, damit kontroverielle Lösungen auch von Gegner*innen getragen werden bzw. diese von einer Lösung überzeugt werden können.

Institutionalisierte Kommunikation in Form von Grätzelforen

Eine wichtige Grundbedingung für Kommunikation in **Partizipations**verfahren ist das Zugehen auf die Betroffenen und sie dort abzuholen, wo sie sind (Luttringhaus, 2000). Gelegenheiten dafür bieten z. B. in Wien die Grätzel- (wienerisch für Stadtquartier) oder Dialogforen. In diesem Setting werden alle Haushalte eines jeweiligen Stadtteils eingeladen, Aktuelles über die Entwicklung des Bezirks direkt von der*dem Bezirksvorsteher*in zu erfahren. Dadurch wird die Kommunikation zwischen Politik und Bürger*innen institutionalisiert.

Im 2. Wiener Gemeindebezirk, wo dieses Format seit über zwanzig Jahren besteht, wurde dieses mit dem EU-Projekt *Grätzelmanagement im Volkert- und Alliiertenviertel* (Gebietsbetreuung Stadterneuerung im 2. Bezirk, 2007) etabliert. Die ersten von der Autorin moderierten Grätzelforen waren von Missmut und **Widerstand** gegenüber der Bezirkspolitik geprägt. Die aufgeheizte und mürrische Stimmung hat sich im Laufe der Wiederholungen geändert: Die Bevölkerung war gespannt auf die Informationen der Bezirksvorstehung und zeigte offenes Interesse; die Veranstaltungen verliefen zunehmend ruhiger und geordneter. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Bevölkerung in den regelmäßigen Veranstaltungen mehr über die Hintergründe politischer Entscheidungen oder Priorisierungen erfuhr und den Eindruck gewinnen konnte, dass sich die Bezirkspolitik für Problemlösungen **engagiert**. Diese regelmäßige – nicht nur anlassbezogene – Kommunikation schuf Vertrauen und Transparenz. Durch das im Vergleich zu herkömmlichen Formaten wie Sprechstunden leichter zugängliche Format der Grätzelforen kann die Schwelle zwischen Bevölkerung und Politik gesenkt und ein direkter Austausch zwischen den Akteuren ermöglicht werden.

Ein weiterer Mehrwert von Grätzelforen ist die Möglichkeit der Bevölkerung, *untereinander* zu kommunizieren. Es können die oftmals sehr unterschiedlichen anderen Meinungen und Ansprüche gehört werden, was meinungsbildend **wirken**, die Sichtweise auf Dinge ändern und Verständnis für andere als die selbst gewünschten Lösungen erwecken kann.

Transparente Kommunikation schafft Akzeptanz

Ein frühes Beispiel eines **partizipativen Planungs**prozesses im **Kontext** der Klimawandelanpassung ist die Sperre einer Straße und Umwandlung in eine Fußgängerzone im 2. Wiener Gemeindebezirk. Zu diesem Zeitpunkt wurde Klimapolitik noch wenig öffentlich diskutiert und das Autofahren in der Stadt oftmals als **Grundrecht** empfunden. 2005 sollte der Volkertplatz auf dem Bereich des abgerissenen Marktteils als Aufenthaltsbereich umgestaltet werden. Im Rahmen eines **Partizipationsverfahrens** der Gebietsbetreuung Leopoldstadt wurde gemeinsam mit der Bevölkerung die Grundlage für die Ausschreibung eines Wettbewerbs für die Gestaltung des Platzes erarbeitet (Bachmaier et al., 2004). Zwei Personen aus der Bevölkerung waren in der Jury vertreten und konnten über die eingereichten Projekte mitbestimmen.

Im Zuge des **Partizipationsverfahrens** zur Umgestaltung des Volkertplatzes kam der Vorschlag auf, im Osten des Platzes den Straßenabschnitt der Rueppgasse zu sperren, um den nutzbaren Bereich bis zu den angrenzenden Häusern zu erweitern. Dieser Vorschlag wurde kontroversiell diskutiert. Es gab Vorschläge, ...

1. die Fahrbahn mit angrenzenden Parkspuren zu belassen
2. tagsüber die Straße zu sperren und für Fußgänger*innen sowohl die Fahrals auch die Parkspuren benutzbar zu machen
3. die gesamte Straße im Bereich des Platzes aufzulassen und zu einer Fußgängerzone umzugestalten

Im Grätzelforum für das Volkert- und Alliiertenviertel wurden diese drei Varianten diskutiert. Um ein Meinungsbild einzuholen, wurde der Raum den Vorschlägen

entsprechend in drei Bereiche gegliedert und die über hundert Anwesenden eingeladen, sich zum bevorzugten Lösungsvorschlag zu begeben: Je etwa ein Drittel der Anwesenden fand sich bei jedem Vorschlag ein. Da es für keinen Vorschlag eine eindeutige Mehrheit gab, wurde die Entscheidung vom Bezirksvorsteher getroffen, der diese auf dem Forum kommunizierte: Die Fahrbahn der Rueppgasse sollte im Bereich des Platzes in eine Fußgängerzone umgewandelt und der Platzbereich bis zu den angrenzenden Häusern erweitert werden. Die Entscheidung der Politik wurde akzeptiert. Trotz der dominierenden Diskussion um ausreichend Autoparkplätze gab es keine Proteste oder Bürger*inneninitiativen gegen die Auffassung der Straße. Die neue Platzgestaltung wurde sehr gut angenommen – ein neues Zentrum in einem sonst eher monotonen gründerzeitlichen Wohngebiet wurde geschaffen, wo nun Begegnung stattfindet und Veranstaltungen organisiert werden. Der Platz wurde für viele Bewohner*innen aus der Nachbarschaft zu einem beliebten Treffpunkt.

Das Beispiel zeigt, dass die Politik die Entscheidungsmacht durch **Partizipations**projekte nicht abgeben muss, sondern die Entscheidungen durch ausreichend transparente Kommunikation – indem etwa auf nonverbale Art wie durch das Aufstellen im Raum die unterschiedlichen Meinungen sichtbar werden – auch bei den Gegner*innen von Maßnahmen auf Akzeptanz stoßen können. Durch einen transparenten Prozess wird klar, dass es unterschiedliche Meinungen und Interessen in einem Stadtteil gibt und die Politik schlussendlich die Entscheidungskompetenz hat. Obwohl die Umgestaltung des Straßenabschnitts zur Fußgängerzone nur der Wunsch einer Minderheit – nämlich eines Drittels der Anwesenden – war, gab es nach der politischen Entscheidung, diese umzusetzen, weder Protest noch **Widerstand**.

Kommunikation unterschiedlicher Interessen

Das folgende Beispiel verweist auf die Bedeutung der Kommunikation unter Bürger*innen mit unterschiedlichen Ansichten im **Kontext** einer temporären Straßensperre. Die 2008 bis 2014 im Rahmen der Lokalen Agenda 21 begleitete Arbeitsgruppe Öffentlicher Raum *Asphaltpiraten* (vgl. Diebäcker, 2004) schlug in einem Maßnahmenkatalog (Cranach et al., 2011) konkrete bauliche Veränderungen vor, um den öffentlichen Raum im 8. Wiener Gemeindebezirk für die Menschen *zurückzuerobern*. Nachdem sie diesen der Bezirkspolitik und der damals amtsführenden **Planungsstadträtin** Maria Vassilakou übergeben hatten, aber keine Maßnahmen umgesetzt wurden, beschloss die Gruppe, **selbstorganisiert** im öffentlichen Raum aktiv zu werden.

Im Rahmen der Aktion *Josefstädter Sommer* (Wiengestalten.at, o. J.) sperrte die Gruppe an einem Samstag (behördlich genehmigt) mehrere Straßenabschnitte für den Autoverkehr. Die Gruppe bespielte die Straße nur marginal, sodass aufgezeigt wurde, wie viel Platz den Menschen in einer Stadt ohne fahrenden oder parkenden Autoverkehr zur Verfügung stünde. Einige Anrainer*innen nahmen das Angebot an, den Straßenraum aktiv zu nutzen, indem sie sich etwa mit mitgebrachter Picknickdecke auf die Straße setzten oder Federball spielten. Gleichzeitig waren viele Anrainer*innen, insbesondere Autofahrer*innen, erzürnt, dass die Straße geräumt wurde und sie ihre Autos an anderer Stelle parken mussten. Die *Asphaltpiraten* freuten sich über die Resonanz – obwohl diese zunächst eher negativ ausfiel – und

versuchten, davon zu überzeugen, dass es ein Mehrwert sei, wenn vor dem Haus keine Autos wären und der Raum anders genutzt werden könnte. Die Straßensperren schafften Raum für Kommunikation der Anrainer*innen untereinander sowie mit der Agendagruppe und gab dieser die Möglichkeit, die eigenen Vorstellungen über die Nutzung des öffentlichen Raumes zu kommunizieren. Schließlich sperrten die *Asphaltpiraten* noch eine weitere Straße.

Im zweiten Sommer beschloss die Gruppe, nicht mehrere Straßen, sondern jeden Samstag denselben Abschnitt zu sperren (Lange Gasse zwischen Josefstädter Straße und Josefs-gasse). Dort hatten sich im Vorjahr Anrainer*innen gefunden, die sich gegen den störenden Schleich- und Durchzugsverkehr aussprachen. Die regelmäßige Sperre und damit temporäre Verkehrsberuhigung aktivierte immer mehr Menschen zum Mitmachen. Es etablierte sich, dass die Anrainer*innen im Straßenraum Kaffee und Kuchen auf mitgebrachten Klapp-tischen und Stühlen genossen und immer mehr ins Gespräch kamen. Ein Highlight war ein **selbstorganisiertes** Klavierkonzert. Den Abschluss des Josefstädter Sommers bildete die *Lange Tafel in der Lange Gasse*, die zum gemeinsamen Picknick einlud (vgl. Lokale Agenda 21 Wien, o. J.; Rachbauer, 2018).

Während sich die Anrainer*innen auf der Straße trafen und kennen**lernten**, wurde immer stärker der Wunsch diskutiert, die Lange Gasse permanent zu einer Begegnungszone umzugestalten, um den unerwünschten Durchzugsverkehr zu unterbinden. Die Agendagruppe sammelte dafür Unterschriften. Als die Diskussion auf die politische Ebene gehoben und mediales Interesse geweckt wurde (Felkel, 2011), begann die Agendagruppe, Gegner*innen der Umgestaltung aufzusuchen und in die Diskussion mit ihnen zu treten. Dabei stellte sich heraus, dass vielen Anrainer*innen nicht bewusst war, dass in einer Begegnungszone (seit 2013 als neue Möglichkeit in der Straßenverkehrsordnung [StVO] verankert; vgl. walkspace.at, o. J.a) das Durchfahren für den Autoverkehr mit 20 km/h erlaubt ist. Erst im persönlichen Gespräch konnte erklärt werden, was die Verordnung als Begegnungszone verkehrstechnisch bedeutet. So konnten Ängste ausgeräumt und den Anrainer*innen zugesichert werden, dass die Wohnhäuser weiterhin mit dem Auto angefahren werden können.

Schließlich beschloss die Bezirkspolitik, eine schriftliche Befragung aller Anrainer*innen durchzuführen. Die Mehrheit sprach sich für die Einrichtung einer Begegnungszone aus, worauf diese schließlich umgesetzt wurde (zur baulich-technischen Lösung vgl. walkspace.at, o. J.b). Der Josefstädter Sommer und die vielen Diskussionen und Auseinandersetzungen der Anrainer*innen untereinander haben diese Entscheidung maßgeblich beeinflusst. Durch die ausführliche und immer wiederkehrende Kommunikation der Befürworter*innen und Gegner*innen konnten Meinungen gebildet werden und auch Skeptiker*innen für die neuartige Verkehrsberuhigungsmaßnahme gewonnen werden.

Gelingende Transformation

Für die urbane **Transformation** zur **Nachhaltigkeit** bedarf es intensiver Bewusstseinsbildung und **Partizipation** durch direkte Kommunikation. Ängste und Ressentiments können hier insbesondere durch das persönliche Gespräch abgebaut werden. Auch wenn **partizipative** Methoden aufwendig erscheinen, haben sie doch einen lang-

anhaltenden Nutzen, indem Veränderungsprozesse von den Betroffenen mitgetragen und mitgestaltet werden.

Dennoch werden **geplante** Veränderungen von politischer Seite immer wieder aus Angst vor **Widerstand** der Betroffenen verschwiegen und/oder erst kurz vor der Umsetzung kommuniziert. Die Sorge, dass durch **Partizipations**prozesse Maßnahmen zur Klimawandelanpassung verhindert werden, kann durch die oben angeführten Beispiele – welche durch weitere Erfahrungen bestätigt werden – widerlegt werden. Sie zeigen, wie durch transparente und persönliche Kommunikation zwischen Akteuren mit unterschiedlichen Ansichten Lösungen gefunden werden können, die den Umbau der Stadt hin zu einer **nachhaltigen** Nutzung des öffentlichen Raums gerade *durch Partizipation* ermöglichen.

Literaturverzeichnis

- Bachmaier, P., Es, M., Kicl, K., Kugler, M., Mann, A., Mlczoch, P., Plischek, K., & Selinger, R. (2004). *Grätzelentwicklungskonzept: Volkert- und Alliiertenviertel*. Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 25, Gebietsbetreuung Stadterneuerung im 2. Bezirk.
- Berner, W. (o. J.). *Angst: Die wichtigste Emotion (nicht nur) in Veränderungsprozessen*. Die Umsetzungsberatung. Abgerufen am 8. März 2024 von <https://www.umsetzungsberatung.de/psychologie/angst.php>
- Bregman, R. (2021). *Im Grunde gut: Eine neue Geschichte der Menschheit*. Rowohlt.
- Christmann, G. B., Knoblauch, H., & Löw, M. (Hrsg.). (2022). *Communicative Constructions and the Refiguration of Spaces: Theoretical Approaches and Empirical Studies*. Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780367817183>
- Cranach, D., Schulhofer, D., Bolz, R., Vertat, W., Peiker, G., Pastori, A., Kol, A., & Überbacher, A. (2011). *Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der Situation des öffentlichen Raums in der Josefstadt*. Lokale Agenda 21 Gruppe „öffentlicher Raum“ Josefstadt. https://www.agendajosefstadt.at/files/bezirk_8/projekte/2015/Div_Projekte/Katalog_oeffentlicher_Raum_Praesentation.pdf
- Diebäcker, M. (Hrsg.). (2004). *Partizipative Stadtentwicklung und Agenda 21: Diskurse - Methoden - Praxis*. Verband Wiener Volksbildung, Edition Volkshochschule.
- Felkel, B. (2011, 21. Juni). Lange Gasse im Josefstädter Sommer für Spiel, Spaß und Begegnung gesperrt. *MeinBezirk*. https://www.meinbezirk.at/josefstadt/c-lokales/lange-gasse-im-josefstaedter-sommer-fuer-spiel-spass-und-begegnung-gesperrt_a79913
- Gebietsbetreuung Stadterneuerung (2021). *Servitengasse* [Diskussionsforum]. Discuto. <https://www.discuto.io/de/consultation/43616>
- Gebietsbetreuung Stadterneuerung im 2. Bezirk (Hrsg.). (2007). *Grätzelmanagement in Wien - ein Erfahrungsbericht*. Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 25.
- Lokale Agenda 21 Wien (o. J.). *Josefstädter Sommer*. Abgerufen am 10. September 2023 von <https://www.la21wien.at/projekte-detail/sommer.html>
- Luttringhaus, M. (2000). Empowerment und Stadtteilarbeit. In T. Miller & S. Pankofer (Hrsg.), *Empowerment konkret! Handlungsentwürfe und Reflexionen aus der psychosozialen Praxis* (S. 79-98). De Gruyter. <https://doi.org/10.1515/9783110509861>
- Rachbauer, S. (2018, 12. Juli). Wiener Lange Gasse: Sieben Jahre bis zur Begegnungszone. *Kurier*. <https://kurier.at/chronik/wien/wiener-lange-gasse-sieben-jahre-bis-zur-begegnungszone/400065620>
- Rosenberg, M. B. (2010). *Gewaltfreie Kommunikation: Eine Sprache des Lebens*. Junfermann.
- Schulz von Thun, F. (2007). *Miteinander reden 1: Störungen und Klärungen*. Rowohlt.
- Shannon, C. E., & Weaver, W. (1949). *The mathematical theory of communication*. University of Illinois Press.
- Stangl, W. (o. J.). Kommunikation. In *Online Lexikon für Psychologie & Pädagogik*. Abgerufen am 10. September 2023 von <https://lexikon.stangl.eu/535/kommunikation>
- Straßburger, G., & Rieger, J. (2019). Partizipation kompakt - Komplexe Zusammenhänge auf den Punkt gebracht. In G. Straßburger & J. Rieger (Hrsg.), *Partizipation Kompakt: Für Studium, Lehre und Praxis sozialer Berufe* (S. 230-240). Beltz Juventa.
- Straßburger, G., & Rieger, J. (o. J.). *Die Partizipationspyramide*. Abgerufen am 22. März 2024 von <http://www.partizipationspyramide.de>
- walkspace.at (o. J.a). *Begegnungszonen in Österreich*. Abgerufen am 25. März 2024 von <http://www.begegnungszonen.or.at>
- walkspace.at (o. J.b). *Wien - Lange Gasse: 1080 Wien*. Abgerufen am 25. März 2024 von <http://www.begegnungszonen.or.at/details.php?Projektnummer=100>
- Watzlawick, P., Beavin, J. H., & Jackson, D. D. (1969). *Menschliche Kommunikation: Formen, Störungen, Paradoxien*. Huber.
- Wiengestalten.at (o. J.). *Josefstädter Sommer*. Abgerufen am 7. September 2023 von <https://www.wiengestalten.at/josefstaedter-sommer/>